

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

## Wirtschaftliche Erschließungsprojekte als europäische Gemeinschaftsaufgabe?

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1955) : Wirtschaftliche Erschließungsprojekte als europäische Gemeinschaftsaufgabe?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 35, Iss. 2, pp. 63-72

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132032>

### Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

### Terms of use:

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## *Wirtschaftliche Erschließungsprojekte als europäische Gemeinschaftsaufgabe?*

### Entwicklung der Infrastruktur in Europa und Übersee

Eine riesige Welle von Investitionsvorhaben und langfristigen Aufbauplanungen bewegt sich seit Kriegsende über die „unterentwickelten“ Gebiete der außereuropäischen Länder. Eine bloße Aufzählung allein solcher Projekte, die man nach früheren Maßstäben als „gigantisch“ bezeichnet hätte, würde den Raum eines Leitartikels sprengen. Ein Verebben dieser Welle ist nicht abzusehen; im Gegenteil erzeugt sie aus sich heraus immer neue Bewegungen in gleicher Richtung. Das ist im übrigen auch ihr Sinn und ihre Aufgabe. Es besteht kein Zweifel darüber, daß sich das Antlitz der Welt und der Weltwirtschaft z. B. mit den großen Mehrzweckprojekten in Indien, China, Australien, Afrika, Kanada, Lateinamerika usw. sowie insbesondere mit ihren Folgewirkungen entscheidend ändern wird.

#### *Mißtrauen gegen Überseeprojekte*

Diese Entwicklung vollzieht sich mit der ausschlaggebenden Hilfe der fortgeschrittenen Länder, an erster Stelle der USA, aber auch Europas, und zwar nicht nur seiner Kolonialmächte. Abgesehen von der großen Weltpolitik sind hierfür sehr stichhaltige Erwägungen maßgebend, die aus einer Erschließung der wirtschaftlich zurückgebliebenen Länder Vorteile erhoffen, die dem eigenen Handel zugute kommen sollen: Schaffung neuer Bezugsmöglichkeiten und Absatzmärkte, Gelegenheiten für profitable Kapitalanlagen usw. Es mehrten sich nun neuerdings im Lager der „fortgeschrittenen“ Länder Stimmen, die aus verschiedenen,

teils politischen, teils wirtschaftlichen Gründen den Entwicklungsboom in Übersee mit einem gewissen Mißtrauen betrachten und vor Überstürzungen warnen. Dabei spielt der Gesichtspunkt eine große Rolle — der hier ohne eigene Stellungnahme lediglich angeführt werden soll —, daß es in Europa und den USA selbst noch Entwicklungsaufgaben in Hülle und Fülle gibt, und daß es nahe läge, sich ihnen zunächst — und wahrscheinlich mit mehr unmittelbarem Nutzen — zuzuwenden, ehe man das mühsam erarbeitete Eigenkapital in mehr oder weniger risikoreiche überseeische Projekte steckt.

Unter den zahlreichen Äußerungen, die in dieser Richtung laufen, sei die des britischen Nationalökonomens L. Dudley Stamp zitiert, der in seinem Buch „Our underdeveloped World“ folgendes sagt: „Gemessen an der Produktion je acre finden wir die vertrauten Gebiete Nordamerikas in mittlerer Breite oder gemäßigter Zone unter den am wenigsten entwickelten Ländern der Erde. Wenn es das Ziel der „Entwicklung“ ist, eine maximale Produktion zu erreichen oder ein Maximum an Bevölkerung zu ernähren, so haben wir einen langen Weg vor uns, bevor wir unsere eigenen Länder als voll entwickelt ansehen können“.

#### *Entwicklungsaufgaben in Europa*

Was hier von den USA gesagt wird, gilt natürlich auch für Teile Europas, nicht nur Südeuropas, sondern auch für Länder wie Irland, Norwegen, Finnland, ja selbst für Frankreich. So ist es durchaus be-

greiflich, wenn sich Tendenzen geltend machen, dem Entwicklungsgedanken in Europa selbst und für Europa stärkeren Eingang zu verschaffen, und zwar wenn möglich auf der Basis einer europäischen Zusammenarbeit. Dabei stellen sich die Fragen: Wo hat eine solche Zusammenarbeit anzusetzen, d. h. welche Aufgaben soll sie sich stellen, und dann: Wie soll sie organisiert sein, in welchen Formen soll sie sich vollziehen?

#### *Unterschiedliche Ausgangsstellung*

Was die Aufgaben anbelangt, so ergibt sich im Vergleich zu den überseeischen Planungen zunächst ein wichtiger Unterschied. In den Entwicklungsgebieten etwa Afrikas oder Südasiens muß zumeist ganz von vorn angefangen werden, bei der „Infrastruktur“, wie das neue Modewort lautet. Es müssen Eisenbahnen, Autostraßen, Häfen, Versorgungsbetriebe gebaut, Energiequellen und Bewässerungsanlagen errichtet, das Nachrichten-, Schul- und Sanitätswesen neu geschaffen oder zumindest verbessert werden. Hierbei handelt es sich zumeist um Investitionen, die auf lange Sicht keine unmittelbare privatwirtschaftliche Rendite abwerfen, für die also die Verwendung von Privatkapital nur dann in Frage kommt, wenn sie durch einen Staat oder ein sicheres Finanzinstitut, wie etwa die Weltbank, garantiert ist. Erst wenn die Infrastruktur steht, sind die Voraussetzungen dafür vorhanden, daß sich eine ökonomisch richtige Privatinitiative entfalten kann. Sie soll die „Initialzündung“ für den Motor des wirtschaftlichen Fortschritts darstellen.

*Alle in der Abteilung „Zeitgespräch“ veröffentlichten Beiträge sind freie Meinungsäußerungen von Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik und von in- und ausländischen Mitarbeitern. Sie enthalten keine Stellungnahme der Redaktion und sind keine offiziellen Äußerungen der herausgebenden Institutionen.*

Es soll nicht bestritten werden, daß sich auch in den fortgeschrittenen Ländern hinsichtlich der Verbesserung der Infrastruktur noch wichtige Aufgaben ergeben. Aber niemand wird leugnen, daß selbst in europäischen Entwicklungsgebieten wie etwa Westirland oder Süditalien das Allernotwendigste schon geschehen ist, daß also ein wirtschaftlicher Aufbau hier von sehr viel günstigeren Voraussetzungen ausgehen kann als etwa in Westafrika oder im Amazonasgebiet. Eine „Initialzündung“ ist hier nicht der ausschlaggebende Faktor; zumindest kann sie sehr viel schneller und leichter bewirkt werden als in den meisten überseeischen Ländern. Hinzu kommen Umstände wie z. B. die klimatischen Bedingungen, die höhere Arbeitsintensität der Bevölkerung, vor allem aber die Verflechtung in eine wirtschaftlich und kulturell bereits hoch entwickelte Umwelt und die sehr viel größeren Möglichkeiten des Staatswesens, einen Ausbau der Infrastruktur, wo er notwendig ist, zu finanzieren. Die norditalienische Industrie oder die Landwirtschaft und beginnende Industrialisierung Irlands bieten zweifellos einen anderen materiellen Hintergrund für Entwicklungsvorhaben als die westafrikanischen Erdnußbauern oder die ostafrikanischen Viehzüchter. Wo aber die Finanzkraft in Europa für größere „basic works“ nicht ausreicht, werden die europäischen Staaten es leichter haben, sich langfristiges Leihkapital durch Anleihen im eigenen Lande oder im Ausland zu verschaffen, als gerade diejenigen überseeischen Gebiete, die eine Entwicklung am dringendsten benötigen. Es ist sehr zweifelhaft, ob die Kongoanleihen in der Schweiz Erfolg gehabt hätten, wenn sie nicht vom Mutterland garantiert worden wären.

#### ***Unrentable Gemeinschaftsprojekte sind schwer zu finanzieren***

Damit verengt sich der Blickpunkt für eine europäische Zusammenarbeit. Auf dem Gebiet der Infrastruktur wird das Entscheidende den Staaten selbst überlassen werden müssen, sei es, daß sie die Mittel hierfür aus eigenem Aufkommen beschaffen, sei es, daß sie sich der

in- und ausländischen Kapitalmärkte bedienen. Die bisherigen Erfahrungen — so etwa bei der Mittelbeschaffung für die Technical Assistance der UNO — zeigten, wie selbst verhältnismäßig bescheidene Mittel für nicht unmittelbar rentable internationale Gemeinschaftsprojekte trotz aller „grundsätzlichen“ Zustimmung aller Beteiligten nur mit größten Schwierigkeiten, wenn überhaupt, aufzubringen waren. Es scheint daher nicht aussichtsreich, sich Gedanken darüber zu machen, eine gemeinschaftliche finanzielle Basis der europäischen Länder für die Durchführung von Infrastrukturarbeiten zu finden, die lediglich einem einzelnen Lande zugutekommen sollen. Hierfür würden weder private noch öffentliche Mittel zur Verfügung stehen, sofern das Empfangsland sie nicht verzinst und garantiert. Unter diesen Bedingungen kann es sie sich aber heute schon beschaffen, das bedarf keiner besonderen internationalen Zusammenarbeit. Selbst aber wenn eine etwa nach dem Muster der Weltbank aufgebaute europäische Organisation Infrastrukturarbeiten in einem europäischen Lande finanzieren wollte, könnte sie es nur auf der Basis bankmäßiger Geschäftstätigkeit tun, d. h. in solchen Fällen mit staatlicher oder halbstaatlicher Garantie der Verzinsung und Rückzahlung.

Es ist eben ganz etwas anderes, ob die USA oder die Kolonialmächte Mittel für Infrastrukturarbeiten in überseeischen Ländern bereitstellen, wo es ohne diese Mittel beim Zustand der Unterentwicklung bliebe, oder ob in fortgeschrittenen Ländern noch einige Flecken am Gesamtbild getilgt werden sollen. Daran wird von diesen Ländern aus ihnen selbst heraus schon tatkräftig gearbeitet — erinnert sei an die Cassa del Mezzogiorno in Süditalien oder die Industrial Development Authority in Irland. Nachdem durch den Marshallplan Westeuropa wieder lebensfähig gemacht wurde, wird es auch aus den USA mit weiteren Zuwendungen nur in Notfällen oder für Verteidigungszwecke rechnen können.

Es scheint, daß sich viel größere Möglichkeiten für eine internationale Mitwirkung beim Aufbau zu-

rückgebliebener Gegenden europäischer Länder dort ergeben, wo es sich um die Schaffung in absehbarer Zeit rentabler Anlagen oder Unternehmen handelt. Hier liegt tatsächlich ein weites Feld für wirkliche Privatinitiative und vorausschauende Planung, die auch das Risiko nicht scheuen wird, das nun einmal zur freien wirtschaftlichen Aktivität gehört. Eine aus europäischen Unternehmern zusammengesetzte Organisation, die sich dieser Aufgabe annehmen würde, könnte für alle beteiligten Länder von größtem Nutzen sein. Wenn sich z. B. europäische Zuckerindustrielle zusammentäten, um in Süditalien große Zuckerfabriken zu errichten, wenn ein europäisches Konsortium von Textilindustriellen in Westirland ein großes Spinnerei- und Webereiunternehmen schaffen würde, so wäre damit der Boden für den Fortschritt in beiden Ländern erweitert. Das setzt natürlich genaue Vorstudien und Planungsarbeiten in Gemeinschaft mit Wirtschaftsbehörden und -organisationen der betreffenden Länder voraus — eine Aufgabe, die der Geschäftsführung einer internationalen europäischen Entwicklungsorganisation zufallen würde.

#### ***Westdeutsche Kapitalausfuhr muß dem Außenhandel dienen!***

An einer solchen Planung könnten sich auch westdeutsche Wirtschaftskreise beteiligen. In der Bundesrepublik bleiben noch so große Wiederaufbauarbeiten durchzuführen, und die Kapitalbildung wird durch die tief in die Substanz einschneidende Besteuerung so stark behindert, daß die verfügbaren Mittel praktisch für Inlandszwecke gebunden sind. Die Zahlungsbilanz ist im übrigen durch einen sehr hohen Schuldendienst belastet. An eine bescheidene Kapitalausfuhr ist nur insoweit zu denken, als sie unmittelbar dem Außenhandel dient. Im übrigen ist der einzige Weg, auf dem die westdeutsche Wirtschaft sich an überseeischen oder auch europäischen Entwicklungsarbeiten finanziell beteiligen kann, die Gewährung längerfristiger Kredite im Zusammenhang mit direkten Exportlieferungen von Investitionsgütern. Auch sie wird nur bestimmten

Großunternehmen möglich sein. Auf lange Zeit hinaus scheint es aber ausgeschlossen, daß sich die westdeutsche Wirtschaft an internationalen Anleihen oder ähnlichen Projekten in nennenswertem Umfang beteiligt. Damit würde eine deutsche Beteiligung an der Durchführung von Infrastruktur-Vorhaben in europäischen Ländern, selbst wenn eine solche im Rahmen einer europä-

ischen Organisation zustandekommen sollte, keine große Bedeutung haben können. Um so größer aber wären die Aussichten für eine deutsche Mitarbeit an der Tätigkeit einer solchen Organisation dort, wo es sich um die Schaffung dessen handelt, was sich im Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklung organisches an eine gegebene Infrastruktur anschließt. (H-n)

### **Französische Vorstellungen für den afrikanischen Raum**

Die afrikanischen Angebote Frankreichs werden in Deutschland leicht etwas anders verstanden, als sie in Wirklichkeit gemeint sind. Die entscheidende Trennungslinie heißt Rentabilität. Während die deutsche Industrie an Investitionen zugunsten konkreter Verwirklichungen mit einigermaßen abschätzbarem Ertrag denkt, steht die französische Regierung vor der schwierigen Aufgabe der wirtschaftlichen Erschließung von Gebieten, deren Unterbau in zahlreichen Fällen für die Schaffung rentabler Betriebe noch nicht geeignet ist. Daher eine subjektiv verständliche Enttäuschung in Deutschland, wo man häufig darauf hinweist, daß Französisch-Afrika für eine europäische Mitarbeit noch nicht reif ist. Daher aber auch ein subjektiv ebenso berechtigtes französisches Erstaunen über die deutsche Gleichgültigkeit, der man die Notwendigkeit entgegensetzt, gemeinsam die Voraussetzungen für die Industrialisierung Afrikas zu schaffen.

#### ***Rentabilität muß hinter die Solidarität zurücktreten***

Nach den französischen Vorstellungen, die bisher allerdings noch nicht mit der erforderlichen Klarheit der Öffentlichkeit unterbreitet wurden, müßte zunächst einmal der Begriff der kaufmännischen Rentabilität hinter denjenigen der europäischen Solidarität zurücktre-

ten. Afrika wäre in gewissem Sinne ein Schicksalsproblem für alle europäischen Staaten. Ohne energische Maßnahmen zugunsten eines wirtschaftlich ungeheuer wichtigen Hinterlandes, ohne Afrika könne man sich nur schwer langfristig ein gesundes europäisches Wirtschaftsgleichgewicht vorstellen, sowohl im Hinblick auf die Rohstoffversorgung wie auf die Absatzgebiete. Es bestünde daher keine Veranlassung, die erforderlichen finanziellen Opfer auf die ehemaligen Kolonialmächte, deren politischer Einfluß ebenso wie ihre wirtschaftliche Sonderstellung auf jeden Fall mehr der Vergangenheit als der Zukunft angehört, zu beschränken. Im Zuge der nicht mehr aufzuhaltenden Entkolonialisierung des schwarzen Erdteils müsse man daher zu einer Europäisierung der vorläufig unrentablen Investitionen gelangen.

#### ***Private Großgesellschaften***

Hierfür bieten sich sehr verschiedenartige Möglichkeiten. Als erste Lösung sind private Großgesellschaften zu nennen, die bedeutende Konzessionen erhalten und gleichzeitig Infrastrukturarbeiten unternehmen. Das geeignete Gebiet hierfür stellen Mineralien, deren Ausbeutung unter günstigen natürlichen Bedingungen, die häufig in Afrika gegeben sind, bedeutende Investitionen für den Bau von

Eisenbahnen oder Straßen gestattet. Im Anschluß daran lassen sich weite Strecken landwirtschaftlich erschließen, teilweise sogar industrialisieren, bei gleichzeitiger Hebung der Kaufkraft der Eingeborenen. Diese Privatgesellschaften könnten ferner dazu veranlaßt werden, die geförderten Rohstoffe an Ort und Stelle wenigstens teilweise zu verarbeiten, damit der dem Lande verbleibende Lohnanteil höher ausfällt. Selbstverständlich ergibt sich daraus für die Gesellschaften eine zusätzliche Belastung, die gegebenenfalls, zumindest teilweise, durch staatliche Zinsvergünstigungen oder sonstige Unterstützungsmaßnahmen ausgeglichen werden könnte. Daneben läßt sich mitunter eine Verkoppelung verschiedener Wirtschaftsgebiete zur Steigerung der Rentabilität verwirklichen. Das ist z. B. für ein Eisenerzlager in Gabun der Fall, wo der Eisenbahnbau weitgehend durch die Ausnutzung der auf diese Weise erschlossenen Wälder zu finanzieren ist, selbstverständlich unter der Voraussetzung, daß die Grubengesellschaft auch die forstwirtschaftliche Konzession erhält.

#### ***Technische Hilfe***

Ein zweiter, kurzfristig vielleicht noch nützlicherer Weg der europäischen Zusammenarbeit unter Rückstellung der Rentabilität besteht in einer ausgedehnten technischen Hilfe. Die französischen Forschungsmöglichkeiten bleiben sowohl aus Mangel an geeigneten Fachkräften wie infolge ungenügender finanzieller Mittel zwangsläufig hinter den wirtschaftlichen Erfordernissen Afrikas zurück. Weshalb sollten hier nicht andere Regierungen, selbstverständlich in enger Zusammenarbeit mit Frankreich, eingreifen? Die USA haben bereits auf internationaler Ebene ein greifbares Beispiel, dem Europa — und besonders Deutschland —



## **VEREINSBANK IN HAMBURG**

### **AUSSENHANDELSBANK**

ZENTRALE: HAMBURG 11, ALTER WALL 20-30, TELEFON 34 10 15  
20 GESCHÄFTSBETRIEBE IN GROSS-HAMBURG, CUXHAVEN, KIEL

trotz geringerer Wirtschaftskraft durchaus zu folgen vermag. Entscheidend dabei ist lediglich der langfristige politische und auch wirtschaftliche Wille. Diese technische Hilfe ginge selbstverständlich zu Lasten des betreffenden europäischen Landes, unter der Voraussetzung, daß an der Auswertung der gefundenen Mineralvorkommen die Wirtschaft der beteiligten europäischen Länder gleichberechtigt teilnehmen darf.

#### **Staatliche Auslandsbeteiligung**

Die dritte Lösung geht noch einen Schritt weiter und sieht eine staatliche ausländische Beteiligung an wenig rentablen Infrastrukturarbeiten vor. Bekanntlich investiert die französische Staatskasse in den überseeischen Gebieten bei langfristiger und teilweise ungewisser Rückzahlung jährlich erhebliche Beträge, die allerdings dem Bedarf keineswegs entsprechen. Diese Investitionsmittel wären nach gewissen französischen Vorstellungen durch ausländische Kredite gleicher Art zu ergänzen, wobei man zumindest in der Anfangsperiode Projekte wählen könnte, die eine langfristige Rückzahlung mit hinreichender Gewißheit sicherstellen. Einer dieser Pläne, der bereits so gut wie fertiggestellt ist, betrifft die Bewässerung einer algerischen Hochebene mit der Fruchtbar-

machung von etwa 100 000 ha Land und der Erzeugung von einer Million kWh elektrischer Energie als Grundlage für ein anschließendes Industrialisierungsprogramm. Werden die Grundinvestitionen nicht zunächst einmal sowohl zinsen- wie amortisationsmäßig zurückgestellt, läßt sich dieser Plan, der eine Verflechtung von staatlichen Investitionen mit anschließender privater Initiative vorsieht, kaum verwirklichen.

#### **Französische Gegenleistung**

Allerdings verlangt diese europäische Solidarität auch eine französische Gegenleistung. Sie soll nicht in der Einschränkung der politischen Autorität Frankreichs in seinen überseeischen Gebieten bestehen, wohl aber in der unbedingten Bereitschaft, die ausländischen Partner auf wirtschaftlicher Ebene den französischen Interessen gleichzustellen und auf den bisherigen Kapital- und Einflußprotektionismus unbedingt zu verzichten. Solange jeder ausländische Beteiligungsantrag von den zuständigen Behörden zunächst einmal mit Mißtrauen entgegengenommen wird, solange infolge des französischen Majoritätsanspruchs die Gesellschaften mühsam zusammengebastelt werden müssen, verhält der Ruf nach Solidarität zwangsläufig in der Wüste. (fr)

### **Eurafrika ist noch aktuell**

Nach Ansicht französischer Experten wird die Unruhe, von der die nordafrikanische Bevölkerung ergriffen wurde, auf den schwarzen Erdteil überspringen und die europäischen Interessen tödlich gefährden, wenn es nicht im Laufe der nächsten zehn Jahre gelingt, zwischen Europäern und Afrikanern ein völlig neues Verhältnis der Zusammenarbeit und der Partnerschaft zu schaffen.

Daß die Interessen Frankreichs in Afrika mit denjenigen der anderen europäischen Mächte nicht kollidieren, sondern vielmehr übereinstimmen, tritt klar zutage, sobald die Betrachtung, statt aus der Sicht der Berliner Konferenz (1885), vom Standort der gegenwärtigen Situation aus erfolgt. Diese Übereinstimmung wird noch deutlicher,

wenn die europäischen Mächte als Glieder der europäischen Schicksalsgemeinschaft aufgefaßt werden.

#### **Überwindung der kolonialpolitischen Konflikte durch Integration**

Europa hat ein Lebensinteresse daran, das Mittelmeer als „mare nostrum“ ansehen zu dürfen und durch die Errichtung des eurafrikanischen Komplexes sowohl seine militärische Sicherheit zu gewährleisten als auch wirtschaftliche Expansionsmöglichkeiten zu erlangen. Diese Ziele der europäischen Afrikapolitik sind den legitimen Bestrebungen der afrikanischen Völker nicht entgegengesetzt. Hinter den politischen Forderungen nach Autonomie oder Unabhängigkeit selbst verbirgt sich der Wunsch nach einer eigenen wirtschaftlichen

Entwicklung. An Stelle des Kolonialpaktes tritt nun ein Verhältnis der Komplementarität. Die europäischen Mächte haben keine Veranlassung, sich in die augenblicklichen kolonialpolitischen Konflikte einzumischen. Die Überwindung dieser Konflikte aber wird sich nur auf der übergeordneten Ebene einer Integration zwischen der afrikanischen und der europäischen Wirtschaft als möglich erweisen. Damit wird die Voraussetzung zur Hebung des Lebensstandards in Afrika und zur Eingliederung der afrikanischen Völker in eine eurafrikanische Föderation geschaffen, die jedem Partner Freiheit in der Bindung gewähren wird.

Die europäische Wirtschaft wird einmal in der Hebung des Lebensstandards der afrikanischen Völker kaum geahnte Expansionsmöglichkeiten finden. Eine derartige Hebung des Lebensstandards ist jedoch nur unter der Bedingung zu erreichen, daß Afrika selbst mehr produziert. Was es selbst nicht verbraucht, kann es dann Europa zur Verfügung stellen. Das gilt für die Lebensmittel, nicht weniger aber für die Rohstoffe, die Europa zur Zeit für teure Devisen kauft, weil kein eurafrikanischer Komplex vorhanden ist, diese Rohstoffe zugunsten des ganzen Komplexes zu gewinnen und zu verarbeiten.

#### **Gesamtplanung**

Die Vorarbeiten, die insbesondere durch das Comité d'Etudes des zones d'organisation industrielle de l'Union Française geleistet wurden, haben den Nachweis erbracht, daß die wirtschaftliche Erschließung Afrikas von der Errichtung einer geeigneten Infrastruktur abhängt. Unter Infrastruktur sind zu verstehen: 1. die Verkehrswege (Straße, Schiene, Flugplätze) und Hafenanlagen; 2. die Wasserwirtschaft; 3. die Energieversorgung; 4. die Siedlungs- und Ernährungswirtschaft.

Es versteht sich von selbst, daß die Errichtung einer geeigneten Infrastruktur einer langfristig angelegten Gesamtplanung bedarf. Als Grundlage zu dieser Planung sind die tatsächlichen Erschließungsmöglichkeiten anzusehen, wie sie sich ergeben aus den Forschungen

der spezialisierten Ämter (Bureau d'Organisation des ensembles industriels africains, Bureaux de recherches minières, Commissariat au Plan), sowie aus meistens noch nicht unternommenen Forschungen über die praktischen Modalitäten der wirtschaftlichen Komplementarität der afrikanischen Gebiete mit der europäischen Wirtschaft.

Es ist eine Aufgabe der Planung, den Kapitalbedarf zu kalkulieren. In der Sahara zum Beispiel kostet der Bau der Eisenbahn je Kilometer 22 Mill. ffrs und der Bau einer geteerten Straße je Kilometer 30 Mill. Wenn man von den verschiedenen politischen Gründen abieht, die eine europäische Beteiligung an der Erschließung Afrikas als zweckmäßig erscheinen lassen, ist Frankreich aus finanziellen und technischen Gründen, will es die afrikanischen Gebiete sich und Europa erhalten, auf die Mitarbeit der anderen europäischen Mächte angewiesen.

#### **Einschaltung der öffentlichen Hand**

Sowohl für die Gesamtplanung als auch für die Durchführung der Infrastruktur-Projekte, die keine unmittelbare Rendite bringen, ist die Einschaltung der öffentlichen Hand erforderlich. Diese Einschaltung ist seitens des französischen Staates seit der Errichtung der bereits genannten Stellen erfolgt. Darüber hinaus bieten sich für die Mitarbeit der anderen europäischen Staaten mehrere Wege.

Ausländisches Kapital ist bereits an mehreren Gesellschaften beteiligt: u. a. der Micuma (50% in privater Hand, darunter der Penarroya mit einer Anleihe der Foreign Operations Administration), der Miferma (34% in der Hand der Frobisher Ltd. und 15% in der Hand der British Iron and Steel Corp.), der Compagnie des Pétroles d'Algérie (65% bei Royal Dutch/Shell), der Compagnie de Recherches et d'Exploitation de Pétrole au Sahara (35% bei Royal Dutch/Shell). In diesem Zusammenhang wurden Pläne zur Errichtung von gemischten Gesellschaften erörtert, bei denen das ausländische Kapital über die Mehrheit der Aktien verfügen, eine Risikogarantie vom französi-

schen Staat erhalten und innerhalb eines bestimmten Rahmens die Betriebe auch leiten dürfte. Die bisher zustandegekommenen Beteiligungen weisen jedoch mehr einen fragmentarischen Charakter auf; auch entsprechen sie nicht unbedingt den Interessen einer europäischen Afrikapolitik. Es wäre notwendig, daß die europäischen Mächte sich mit Frankreich über ein Rahmenabkommen einigten, das die europäischen Investitionen systematisch fördern würde.

#### **Die Gesamtrentabilität steht außer Frage**

Es läßt sich nicht verhehlen, daß die systematische Durchführung der Gesamtplanung zur Erschließung Afrikas Investitionen erfordert, die nur langfristig rentabel sind. Man wird jedoch bedenken, daß die gesamte Rentabilität nachgewiesen werden kann. Es ist deshalb durchaus vorstellbar, daß die europäi-

schen Mächte, nachdem sie von Frankreich für die Gesamtplanung zu Rate gezogen worden wären, auf Grund gewisser französischer Garantien die Entwicklung eines Obligationensystems begünstigen würden, das dem Sparkapital eine Beteiligung ermöglichen würde. Das bedeutet keineswegs, daß der Spekulation Tür und Tor geöffnet werden dürften, sondern vielmehr, daß unter der Aufsicht der Staaten ähnlich verfahren würde wie in Europa während des 19. Jahrhunderts beim Bau der modernen Infrastruktur. Dieser Weg hätte außerdem den Vorteil, daß die öffentliche Meinung an dem eurafrikanischen Gedanken interessiert würde.

Neben den großen Finanzgruppen wäre demnach eine Beteiligung des Sparkapitals denkbar. Es entspräche durchaus den gegenwärtigen Verhältnissen, wenn die ausländischen Investitionen in einer



... mit einem Flugschein ab deutschem Flughafen zu reisen, spart Ihnen Mühe, Zeit und Geld.

Mit einem Interline-Flugschein der AIR FRANCE nämlich überqueren Sie in luxuriösen Super-Constellations zunächst den Nordatlantik und fliegen dann nach beliebig vielen Reisezielen innerhalb der Vereinigten Staaten.

**Der erfahrene Fluggast wählt AIR FRANCE,  
Europas grösste Luftverkehrsgesellschaft.**

Vertrauen Sie Ihrem Reisebüro,  
es vertraut



BERLIN • BOVIN • DOSSÉLDORF • FRANKFURT • HAMBURG • HANNOVER • MÜNCHEN • NÜRNBERG • STUTTGART • WIEN

Form durchgeführt würden, die sowohl das Problem der französischen Souveränität als auch das der Unabhängigkeitsbestrebungen der einheimischen Völker offen ließe: die wirtschaftliche Erschließung Afrikas berührt diese Fragen nur mittelbar, insofern nämlich, als die Investitionen einer Garantie bedürfen und die politische Zukunft des afrikanischen Kontinents ganz Europa angeht. Deshalb wären die französischen Institutionen als unmittelbare Träger der gesamten Aktion anzusehen. Das würde aber weder Konsultationen zwischen den Regierungen und zweckentsprechenden

Abkommen noch Beratungen auf der Ebene übernationaler Gremien (Europa-Rat, Westeuropäische Union) ausschließen.

Es steht außer Zweifel, daß eine langfristig angelegte und systematisch durchgeführte wirtschaftliche Erschließung Afrikas für den ganzen europäischen Kontinent wirtschaftlich, politisch und militärisch von größter Bedeutung ist. Bisher ist man jedoch kaum über die ersten, vorsichtig tastenden Versuche hinausgekommen. Es ist nun an der Zeit, daß der ganze Fragenkomplex in aller Offenheit diskutiert wird. (- on)

### Europäische Ansätze für die Gemeinschaftsarbeit in Afrika

Schon lange beschäftigt sich der Europäische Wirtschaftsrat (OEEC) eingehend mit den Problemen der überseeischen Gebiete seiner Mitgliedstaaten, im Bestreben, einen Beitrag zu ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zu leisten, und gleichzeitig in der Hoffnung, in Afrika ein neues günstiges Gelände für eine konkrete wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas zu finden.

Der Ausschuß der OEEC für die überseeischen Gebiete, in dem zunächst nur die sogenannten Kolonialmächte vertreten waren, bis auch die anderen Länder über den Wirtschaftsausschuß der OEEC ein gewisses Mitspracherecht erhielten, ist hinreichend über die theoretischen Verhältnisse und Erfordernisse der überseeischen Gebiete unterrichtet. Er unterließ es auch nicht, die Mitgliedstaaten sowie die USA und Kanada wiederholt auf die Dringlichkeit internationaler Investitionen hinzuweisen, mit der Öffnung der Märkte für europäische Waren als Gegenleistung. Man könnte nicht behaupten, daß seine Bemühungen bisher von besonderem Erfolg gekrönt gewesen waren. Die Investitionen blieben gering, die für die Verwertung der Gebiete verantwortlichen Regierungen taten wenig, um der unentbehrlichen Wirtschaftsfreiheit zum Durchbruch zu verhelfen.

#### Europäischer Investitionsfonds

In dynamischer Absicht unterbreitete bereits im Jahre 1949 der damalige französische Wirtschafts-

minister Maurice Petsche der OEEC den Plan eines europäischen Investitionsfonds mit der möglichen Bildung einer europäischen Bank, in der doppelten Absicht, die kontinentaleuropäischen Investitionen besser zu koordinieren und, was in diesem Zusammenhang besonders interessant ist, es den einzelnen europäischen Regierungen zu gestatten, in verhältnismäßig einfacher Form durch Kredite an die Bank ihren Beitrag zur Erschließung der überseeischen Gebiete zu leisten. Von Anfang an stieß dieser Vorschlag auf britischen Widerstand. Großbritannien war nie ein großer Freund der stärkeren europäischen Verflechtung. Außerdem glaubt es, die finanziellen Probleme seiner überseeischen Gebiete selbst meistern zu können, übrigens in der Überzeugung, daß ihm die anderen europäischen Länder dabei kaum dienlich zu sein vermögen. Für Frankreich jedoch liegen die Verhältnisse völlig anders. In den letzten Jahren änderten sich außerdem die Bedingungen des europäischen Kapitalmarktes. Gewisse Kapitalexportmöglichkeiten bestehen jetzt zweifellos in Deutschland, ferner in Holland und in Belgien.

Erstaunlicherweise auf britische Initiative beauftragte nach dem Fehlschlag der OEEC der Straßburger Europarat einen Sachverständigenausschuß mit der Ausarbeitung eines Berichtes über eine gemeinsame Aktion Europas in Afrika. Es entstand daraus der 1953 veröffentlichte sogenannte

Straßburger Plan, dessen Präferenzzollgedanke stark von den britischen Sachverständigen beeinflusst wurde; trotzdem stieß er aber auf ähnlichen britischen Widerstand wie früher der Plan des französischen Wirtschaftsministers Petsche, und gleichzeitig wurde er von der OEEC wegen seiner protektionistischen Grundtendenzen mehr oder weniger deutlich verworfen. Aber auch dieser Straßburger Plan enthielt, vielleicht als positivsten Punkt, den Vorschlag einer europäischen Investitionsbank, in der einfachen Erkenntnis, daß ohne eine gemeinsame und wirkungsvolle Finanzpolitik eine europäische Wirtschaftslösung in Afrika unvorstellbar ist.

#### Private Studiengesellschaften

Weitere bescheidene Ansätze sind private Studiengesellschaften mit ausländischer Beteiligung, vorwiegend in der Französischen Union. In ihnen ist ein vorsichtiges Vorstadium der wirtschaftlichen Erschließungsarbeit zu sehen. Verschiedene Gruppen verpflichten sich mit verhältnismäßig geringen Kapitalien zur Erforschung der konkreten Verhältnisse und zur Ausarbeitung zweckentsprechender Pläne. Erweisen sich die Hoffnungen als illusorisch, löst sich die Gesellschaft auf, entsprechen die Ergebnisse den Erwartungen, können sich die Einzelgruppen an dem dann erforderlichen Kapitaleinsatz beteiligen oder auch ihre Rechte anderweitig verwerten. Eine Studiengesellschaft dieser Art, um nur ein Beispiel zu geben, besteht mit deutscher, belgischer und französischer Beteiligung in Marokko für die mögliche Errichtung einer Stickstoffdüngerefabrik. Daneben sind, ebenfalls in den französischen Gebieten, bereits einige Großgesellschaften mit ausländischer Kapitalbeteiligung an der Arbeit, z. B. für den Abbau von Bauxit und Eisenerzen in Guinea mit britischen, Schweizer und kanadischen Partnern, für das Eisen- und Kupfererz Mauritanien mit britischen und kanadischen Partnern und für das Manganerz Gabuns mit amerikanischer Beteiligung. Das erste bedeutende deutsche Interessensfeld betrifft ein Eisenerzlager, ebenfalls in Gabun.

### **Investitionsbank**

Es wird nunmehr erforderlich sein, die europäischen Ansatzpunkte weiter auszubauen. Um eine europäische Investitionsbank wird man bei konstruktiver Aktion kaum herumkommen. Die ehemaligen Kolonialmächte müßten gleichzei-

tig auf ihre immer noch zu monopolistischen Schutz- und Prioritätsansprüche verzichten, einschließlich des antiwirtschaftlichen Flaggenprivilegs. Besonders wären auch weitere private internationale Studien- und Produktionsgesellschaften zu gründen. (-sch)

### **Italien will Arbeitskräfte stellen**

Die französischen Pläne zur Mitarbeit Europas an der wirtschaftlichen Erschließung der afrikanischen Gebiete werden in Italien — und zwar nicht erst seit dem Sturz von Mendès-France — mit Zurückhaltung und für die nächste Zukunft vielfach auch mit Skepsis aufgenommen. Diese Skepsis bezieht sich auf das Gesamtproblem der Beziehungen zwischen Europa und Afrika. Auf längere Sicht glaubt man allerdings diese Bestrebungen günstiger beurteilen zu dürfen, vorausgesetzt, daß die organisatorischen Vorarbeiten nicht weiter hinausgezögert werden. Der am 25. September 1952 von der Versammlung des Europarats gebilligte Straßburger Plan, der eine Untersuchung der Verflechtung zwischen seinen Mitgliedsländern und den überseeischen Gebieten vorsah, hat bisher keine konkreten Formen angenommen. Auch die grundsätzlichen Vereinbarungen zwischen Mendès-France, Adenauer und Scelba über einen gemeinsamen Einsatz von Kapital, Technikern, Ausrüstungen und Arbeitskräften in Afrika, an dem sich nach Möglichkeit auch andere Länder beteiligen sollen, sind vorläufig noch hypothetischer Natur. In Italien, das über umfassendes Material aus dem aufgelösten Afrikaministerium verfügt, das eine große Zahl von Afrika-Experten besitzt und laufend Informationen über die verschiedenen afrikanischen Gebiete sammelt, ist man jedenfalls der Meinung, daß jeder weitere Zeitverlust ein Überhandnehmen des asiatischen Einflusses zu Ungunsten der europäischen Möglichkeiten in Afrika zur Folge haben würde. So sind in den drei Jahren von 1949—1951 in Kenia, Uganda und Tanganjika 28 147 Einwanderer aus Asien (vor allem aus Indien) bei nur 26 546 Einwanderern aus Europa gezählt

worden. Die Nähe des überbevölkerten Indiens führt in diesen drei wirtschaftlich aussichtsreichen Gebieten Britisch-Ostafrikas zu einer fortschreitenden Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Asiaten und Europäern. Auch Madagaskar, die „Insel der Zukunft“, kann bei zunehmender Einwanderung aus dem Osten der asiatischen Überfremdung erliegen.

### **Arbeitskraftüberschuß**

Italien beurteilt das Problem der europäischen Zusammenarbeit in Afrika naturgemäß in erster Linie aus der Perspektive seines eigenen Arbeitskraftüberschusses. In Tunis und Algier dürften auch nach einer Normalisierung der Verhältnisse auf diesem Gebiet keine Chancen bestehen, denn die einheimische Bevölkerung ist nicht zuletzt durch die Verbesserung des Gesundheitswesens in ständigem Wachstum begriffen, so daß die Steigerung des Lebensstandards und die Schaffung von Arbeitsplätzen für die Eingeborenen zu den Voraussetzungen für eine dauernde Befriedung dieser Gebiete gehören.

Günstige Möglichkeiten für eine europäische Zusammenarbeit würden sich dagegen durch die Schaffung von Bewässerungsanlagen in der Sahara und durch die Erschließung einiger Teile Zentralafrikas (etwa im Gebiet des Tschadsees) bieten, falls Frankreich wirklich systematisch an die Verwirklichung seiner afrikanischen Pläne herangeht. Das wirtschaftliche Potential des afrikanischen Erdteils wird unter anderem dadurch illustriert, daß Afrikas Bezüge von Maschinen aus der Bundesrepublik im Jahre 1953 einen Wert von über 308 Mill. DM erreichten, während die entsprechenden Bezüge aus dem Vorkriegsdeutschland von 1938 — bei

damals etwa der doppelten Kaufkraft — sich auf nur 38 Mill. DM beliefen.

### **Frankreich muß die Voraussetzungen schaffen**

Die wirtschaftliche Erschließung Afrikas könnte sicher auch auf die heute noch unerschlossenen französischen Gebiete ausgedehnt werden. Nach italienischer Auffassung müßte der französische Staat zunächst die allgemeinen Voraussetzungen (Verkehrsverbindungen, Bereitstellung von Informationsmaterial, Sicherungen jeder Art für Betrieb und Kapital etc.) schaffen und danach der Privatinitiative volle Entfaltung ermöglichen. Die ersten Anzeichen für den Beginn einer europäischen Zusammenarbeit sind bereits erkennbar. So seien z. B. die drei französischen Afrika-Gesellschaften erwähnt, die jede nach einem deutschen Produktionsverfahren arbeiten wollen: Société d'Etudes Nordafricaine de l'Azote (Anlage einer Fabrik zur Erzeugung von Stickstoffdüngemitteln im Gebiet von Colomb Béchar und Oudjida mit einer Produktionskapazität von jährlich 100 000 t), Société des Ciments Artificiels du Sahara (Colomb Béchar mit einer Jahresproduktion von 30 000 t) und Société d'Etudes Nordafricaine de Ferro-Manganese (Colomb Béchar zur Ausbeutung der Erz- und Kohlevorkommen). Die großen italienischen Unternehmungen, die bereits — wie etwa Montecatini, Fiat, Snia Viscosa u. a. — sich an Gründungen im Ausland mit Kapital, Ausrüstungen und Patenten beteiligt haben, würden günstige Gelegenheiten in Afrika kaum auslassen.

### **Europäische Wirtschaftsunion für Afrika?**

Die Suche nach zweckmäßigen Organisationsformen für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas legt allerdings die Frage nahe, ob nicht in einer Zeit, in der man einzelne Produktionszweige in „pools“ zusammenzufassen versucht, die geeignete Methode zur Erreichung des gemeinsamen Zieles darin zu finden wäre, eine europäische Wirtschaftsunion für Afrika und ein den gleichen Aufgaben dienendes Finanzierungsinstitut zu schaffen. (Cr.)



## Das Schwergewicht liegt auf der Erziehungsarbeit

Die Armut kommt von der Power-tät, wie wir seit Fritz Reuter wissen. In diesem circulus vitiosus befinden sich heute die meisten Menschen unserer Erde — in den wirtschaftlich unterentwickelten Notstandsgebieten. Aber man erkennt auch dort: die Not ist kein unabänderliches Gesetz, und die technischen Errungenschaften der Europäer und ihr höherer Lebensstandard wecken das Verlangen. Die kapitalistische Entwicklung ist auf die unterschiedlichsten gesellschaftlichen Verhältnisse gestoßen. Tausendjährige Kulturen mit harmonischem Sozialgefüge, wie in Teilen Asiens, zerbrechen ebenso wie nackte Barbarei in anderen Gebieten. Der Zusammenstoß mit der Zivilisation reicht von den Sklavenjagden über koloniale Auspowerung bis zur Bevormundung formell selbständiger Länder. Die meisten Gebiete der Erde befinden sich daher heute auf den verschiedensten Stufen von älteren Gesellschaftsformen zum Kapitalismus. Nur zwei Ergebnisse scheint diese Entwicklung schon in die entferntesten Winkel der Erde getragen zu haben: die Hygiene, die die Sterblichkeit enorm herabsetzte, ohne die hierdurch bewirkte Bevölkervermehrung zu regulieren — und den z. T. hieraus folgenden Zwang, produktiver zu arbeiten.

### *Das harmonische Gleichgewicht der Wirtschaft fehlt!*

Unterentwickelte Notstandsgebiete bestehen nicht nur in Übersee. Selbst in den modernsten

Industriestaaten sprechen wir von derartigen Gebieten, wie z. B. von Wales in Großbritannien, von Süditalien, von den Zonenrandgebieten in Westdeutschland. „Unterentwicklung“ ist ein sehr unbestimmter Begriff. Er bezeichnet weniger einen meßbaren Zustand als einen Vergleich zu voll entwickelten Gebieten, von denen er sich in vieler Hinsicht unterscheidet: Es fehlt vor allem das harmonische Gleichgewicht der Wirtschaft. Der primitive Zustand der Selbstversorgung der Bauern, die selbst ihre Kleidung und Hausgeräte fertigen, ist überwunden. Industriebetriebe sind ins Land gekommen — und damit die unendliche Kette der Arbeitsteilung, in der aber noch viele Glieder fehlen oder mangelhaft arbeiten, so daß dauernd Engpässe und Minderleistungen entstehen. Ländliche Arbeitskräfte werden durch die neuen Methoden freigesetzt, aber sie haben nicht die Qualifikation, eine industrielle Fertigkeit auszuüben. Die Erwerbslosigkeit ist ein typisches Zeichen der Unterentwicklung, die meistens in der mit menschlicher Arbeitskraft übersetzten Landwirtschaft grassiert.

Notstandsgebiete im Bereich voll entwickelter Länder zu beheben, muß Aufgabe dieser Länder allein sein, wie denn auch die Bundesrepublik, Großbritannien und jetzt auch endlich Italien entsprechende Programme aufgestellt und zum Teil schon erfolgreich abgeschlossen haben. Italien ist der Grenzfall: obwohl der Norden voll entwickelt ist, herrscht im Süden des Landes

eine Armut, wie sie fast alle Länder des Mittelmeergebietes kennzeichnet.

### *Europäische Notstandsgebiete*

Der Ministerrat des Europarates (d. h. die Außenminister von 14 europäischen Ländern) hat im Frühjahr 1954 beschlossen, die Beratende Versammlung (also Parlaments-Delegierte dieser Länder) um einen Vorschlag zur Entwicklung der Notstandsgebiete ihrer Mitgliedsländer zu bitten: Es handelt sich dabei um Italien, Griechenland und die Türkei. Diese Beschränkung auf drei Mitgliedsländer besagt nicht, daß sich nicht dieselben Notstände in anderen Teilen Europas fänden: in den Ostblockländern, in Jugoslawien und auf der iberischen Halbinsel.

Am Ende des zweiten Weltkrieges war das gesamte kriegsgeschädigte Europa zu einem Notstandsgebiet geworden, dessen wirtschaftliche Leistungsfähigkeit stark abgesunken war. Ein Vergleich des wirtschaftlichen Wiederaufstiegs z. B. der Bundesrepublik mit der Lage der Notstandsgebiete macht es recht eigentlich deutlich, worin die Unterentwicklung besteht. Die Deutschen hatten die handwerklichen, technischen und wissenschaftlichen Fertigkeiten in den Kriegsjahren nicht verloren — nur die Produktionsmittel waren zerstört. Und wichtiger als die Maschinen zu haben, ist es, sie richtig bedienen zu können. Hinzu kamen die Milliarden der Marshallplanhilfe, die es erlaubten, den Aufbau zu finanzieren. Beide Faktoren fehlen in den unterent-

## *Unsere Leser*

*können für den Jahrgang 34 — Januar bis Dezember 1954*

## *Einbanddecken in Ganzleinen*

*mit eingepprägtem Verlagssignet und Rückenbeschriftung zum Preise von je DM 4,— beziehen.*

*Es können auch noch geschlossene Jahrgänge 1950, 1951,*

*1952, 1953 und 1954 in Ganzleinenband zum Preise von je DM 45,— geliefert werden.*

Bestellungen bitten wir zu richten an

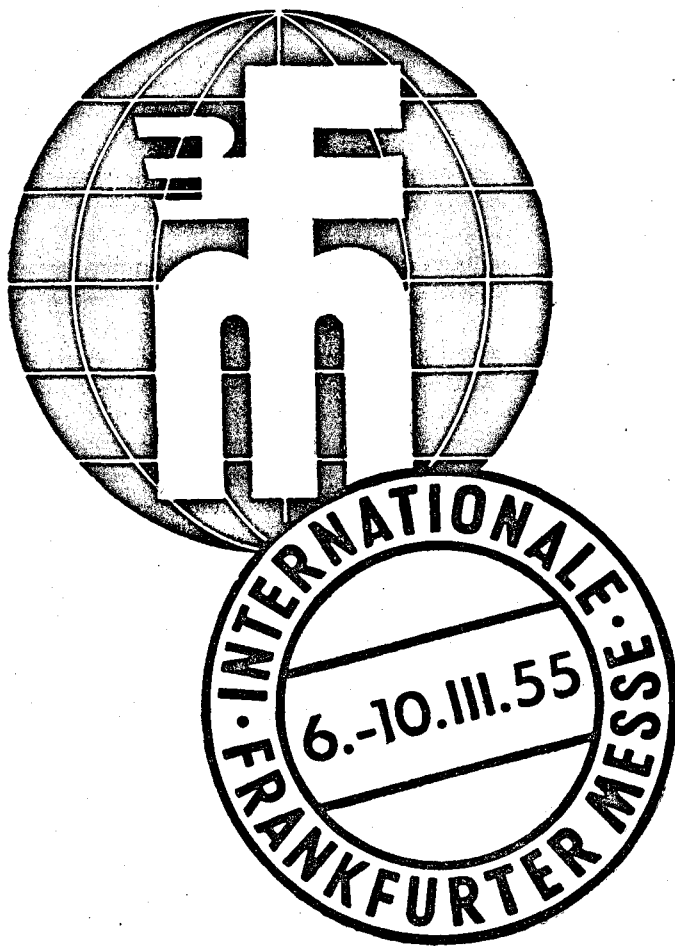
**VERLAG WELTARCHIV GMBH, HAMBURG 36, POSTSTRASSE 11**

wickelten Gebieten, wobei das Fehlen des technischen Leistungsstands der Bevölkerung noch nachteiliger zu sein scheint als der Kapitalmangel. Denn so groß auch die Marshall-Hilfe war, auch ohne sie wäre dieser Aufstieg gelungen. Die Hilfe war weitgehend ein Ausgleich für die zur selben Zeit aus politischen Gründen durchgeführten Erschwerungen des Wiederaufbaus: z. B. die Verzögerung der Währungsreform, der „Eiserne Vorhang“ und die Demontagen und Produktionsverbote.

#### **Der technische Leistungsstand der Bevölkerung**

Der technische Leistungsstand der Bevölkerung erscheint als der Angelpunkt des ganzen Problems. Er beginnt mit der Allgemeinbildung in der Grundschule, der es Arbeitern und Angestellten ermöglicht, schriftliche und zeichnerische Anweisungen zu erfassen und in die Praxis umzusetzen. Deshalb ist auch in der Vergangenheit die allgemeine Schulpflicht und ihre Durchführung parallel mit der kapitalistischen Entwicklung verlaufen. Der Leistungsstand zeigt sich weiter in der Tradition des Handwerks mit seinen alten und neu erworbenen Fertigkeiten, über die breite Schicht der Techniker, bis zur wissenschaftlichen Forschung. Hinzu kommt die Arbeitsbereitschaft, die von den Deutschen etwas hochtragend „Arbeitsethos“ genannt wird. Die heikle Frage, die in den puritanischen Ländern des nördlichen Europa zugespitzt etwa so gesehen wird, daß das Geldverdienen ein moralisches Postulat sei, dessen Nichtbefolgung als Faulheit verachtet wird und folglich die Armen schuldig sein läßt, stellt sich in der Tat ganz anders. Die geringe Arbeitsfreude ist auch eine Folge des Klimas, anderer gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Bedingungen, anderer religiöser Vorstellungen, die den Sinn des Lebens in anderem als einem guten Akkord-System sehen.

All das muß man bedenken, wenn der Forderung nach solidarischer Hilfe für die unterentwickelten Notstandsgebiete nähergetreten wird. In Deutschland hat man sich mit diesem Problem der Hilfe recht oberflächlich befaßt. Da Deutschland seit dem ersten Welt-



krieg keine Kolonien mehr besitzt und auch keine Weltmacht ist wie die USA, die sich um jeden Erdenwinkel aus globaler strategischer Konzeption kümmern mußte, kennt unsere öffentliche Meinung für diese Gebiete keine Verantwortung. Für die Deutschen sind die Beziehungen zu diesen Gebieten kommerzialisiert, man handelt nach dorthin vom Eisennagel bis zum kompletten Wasserkraftwerk. Die Kolonialmächte haben es schwerer. Die Gründe für ein Interesse an dieser Frage sind allerdings vielfältig, von der Absicht, die abhängigen Völker möglichst schnell auf eigene Beine zu stellen, bis zur bloßen Notwendigkeit, Revolten im Interesse der eigenen Machterhaltung zu verhindern.

#### **Der Straßburg-Plan**

Der sog. Straßburg-Plan des Europarats sah gemeinsame Anstrengungen der Mitgliedsländer

zur Entwicklung der Kolonialgebiete vor. Aber die Kolonialmächte gingen auf diesen Plan nicht ein. Dagegen machte Mendès-France den Vorschlag, die Bundesrepublik solle sich an der Entwicklung Afrikas beteiligen. Bei Prüfung dieses Plans zeigte sich, daß die Deutschen für diese Entwicklung eigentlich nur die „Initiative“ stellen sollten. Weder war an wesentliche Lieferungen der deutschen Industrie noch gar an deutsches Kapital gedacht — beides behielten sich die Franzosen vor —, sondern an deutsche Ingenieure und Organisatoren für französische Pläne. Das hätte die Deutschen leicht in ein schiefes Licht gegenüber der revoltierenden eingeborenen Bevölkerung gebracht, die die Verantwortung für Mißstände dann nicht den eigentlichen Herren, sondern den Aufsehern zugeschoben hätte. Die deutsche Antwort scheint denn auch zurückhaltend zu sein.

Der erste Grundsatz für die Hilfe sollte sein, die Initiative und die Entscheidung über jede Hilfe dem zu helfenden Lande vorzubehalten. Es war auch ein wesentlicher Mangel des Straßburg-Plans, die Kolonialvölker nicht selber herangezogen zu haben, sondern sich a priori nur mit den Kolonialmächten besprochen zu haben, da diese Mitglieder des Europarats sind.

Damit hängt zusammen, daß die Hilfe nur im Interesse des Landes selbst gewährt werden sollte. Insbesondere die Amerikaner haben bei ihren verschiedenen Hilfsprogrammen vor allem weltstrategische Gesichtspunkte im Auge, so in Griechenland, in der Türkei und in Mittelost. Diese amerikanischen Absichten haben vor allem in Indien sehr verstimmt und zu einem gespannten Verhältnis zum Nachbarn des Subkontinents, Pakistan, geführt — und in Pakistan nicht etwa Stabilität, sondern starke politische Unsicherheit geschaffen.

#### ***Mit der Finanzierung allein ist es nicht getan!***

Die allgemein verbreitete Ansicht, daß es mit Finanzierung allein getan sei, erscheint ebenfalls durchaus einseitig. Zwar läßt sich eine verelendete Wirtschaft nur durch jahrzehntelange Entbehrung der Bevölkerung hochbringen, wie die Sowjetunion bewiesen hat; eine Anstrengung, zu der nicht alle Völker und Regierungen fähig sein dürften. Und was die spezielle Aufgabe der Entwicklung Süditaliens, Griechenlands und der Türkei angeht, so werden die Europarats-Mitgliedstaaten mit Milliarden in die Tasche greifen müssen, wenn „Nägel mit Köpfen“ gemacht werden sollen. Aber hinzukommen muß eine breitangelegte Hilfe, um diese Völker in die Vielfalt der modernen Wirtschaft einzuführen, nicht nur durch die Ausbildung von Ingenieuren und Wissenschaftlern, sondern auch von Facharbeitern und in einigen Gebieten auch durch die Schaffung einer zuverlässigen Verwaltung. Dazu bedarf es der Verbesserung des Schulwesens ebenso wie einer sozialen Sicherung der Bevölkerung, damit die Menschen nicht nur aus ihrem hergebrachten Gesellschaftsverband, sei es Dorf oder Familie, herausger-

## **Die asiatische Interessenlage als weltpolitischer Ausgangspunkt**

In den letzten Monaten hat sich auf der weltpolitischen Bühne ein Wandel angebahnt, der für die künftige West-Ost-Politik ausschlaggebende Bedeutung gewinnen kann. Die Stellung der USA zum Chinaproblem ist revidiert worden, und wenn auch dieser Revision durch die amtlichen Verlautbarungen scheinbar enge Grenzen gezogen sind, so läßt sich doch schon jetzt absehen, daß der Schlußpunkt noch nicht gesetzt ist. Es sei uns gestattet, ein resignierendes Bedauern darüber auszusprechen, daß die sich jetzt anbahnende Revision nicht bereits zur Berliner Konferenz ins Auge gefaßt worden ist. Damals hätte diese Revision, die ja nur ein Eingehen auf die realpolitische Lage bedeutet hätte, zweifellos einen größeren Handelswert gehabt als heute.

Wenn die geplante Zehnmächtekonferenz über die Formosafrage und — wahrscheinlich wohl — andere asiatische Probleme in absehbarer Zeit doch noch zustande kommt, müßte es immerhin möglich sein, daß die USA ihre Revisionspolitik fortsetzen, ohne ihr „Gesicht zu verlieren“. Es dürfte dann allerdings nicht ausbleiben, daß abseits der Verhandlungstische das Gespräch über Europa wieder aufgenommen wird. Es müßte wohl im besonderen Interesse Großbritanniens liegen, diese beiden Probleme zu verknüpfen, wenn auch nicht erwartet werden kann, daß auf dieser, in ihrem Teilnehmerkreis begrenzten und in ihrer Zielsetzung festgelegten Konferenz das Europa-Problem selbst behandelt werden kann. Von besonderem Interesse ist es, daß die von den Sowjets vorgeschlagene Zusammensetzung der Konferenz den nichtkommunistischen Asienstaaten ein Schwergewicht gibt. Aus dieser Sicht heraus sollte der strittige Punkt, ob die Formosaregierung an den Verhandlungen beteiligt wird oder nicht, für Moskau nicht entscheidend sein. Vielleicht gibt gerade die fernöstliche Interessenlage eine unverhoffte Gelegenheit, die Europafrage ganz unabhängig vom Streit über die Pariser Verträge wieder ins Rollen zu bringen.

Es fragt sich, wie weit der Regierungswechsel in Moskau auf die Weiterentwicklung dieser weltpolitischen Frage von Einfluß sein wird. Die überstürzten Kommentare der Westpresse, die eine Verschärfung der weltpolitischen Lage prophezeiten, dürften durch die jüngsten den amerikanischen Journalisten von Chruschtschew und Bulganin gewährten Interviews an Glaubwürdigkeit eingebüßt haben. Das Schwergewicht der russischen Vorgänge dürfte in viel stärkerem Maße auf der Notwendigkeit eines innerwirtschaftlichen Gleichgewichts als auf außenpolitischen Absichten liegen. Danach würde es sich eher um eine „Wachablösung“, die uns ja bei autoritativen Systemen durchaus vertraut ist, als um einen politischen Kurswechsel oder um die Auswirkung eines innersowjetischen Machtkampfes handeln. Das Gewicht, das die Sowjets auf eine Bereinigung der asiatischen Frage und insonderheit der Chinafrage legen, wird nicht geringer geworden sein und sollte von den Westmächten nicht unterschätzt werden. Auch aus der Interessenlage der Sowjets müßte sich also in der asiatischen Diskussion ein Anknüpfungspunkt für die Wiederaufnahme der Europafrage bieten.

(sk)

rissen werden, sondern auch in den neuen Umständen des Schutzes nicht entbehren. Es müssen also hohe „unproduktive“ Investitionen vorgenommen werden, was nur mit Hilfe öffentlicher Gelder möglich ist.

Und noch eins: der moderne qualifizierte Arbeiter bedarf eines starken Selbstbewußtseins; er hat Verantwortung für seine Arbeit zu

tragen, also muß er sie auch in der Gesellschaft tragen. Zum Kapitalismus gehört die Arbeiterbewegung. Die feudale Gesellschaft kennt Demokratie bestenfalls innerhalb der herrschenden Schicht, im kapitalistischen Massenstaat kann die Demokratie höchstens durch ein terroristisches Regime ersetzt werden. Sonst gehört zur modernen Wirtschaft der moderne Staat. (- tz -)

***Diese Diskussion wird im Märzheft fortgesetzt!***